

## 1 **Resolution des SPD-Parteitages vom 9.12.2008**

### 3 **RESOLUTION: FÜR EIN SOZIALES EUROPA**

4  
5 Die Europäische Union hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einer reinen Wirtschaftsunion zu einer politischen Union weiterentwickelt, die es weiter zu vertiefen gilt.  
6  
7 Der Vertrag von Lissabon wäre ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung und  
8 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden nicht nachlassen, sich für das Inkrafttreten dieses Vertrages einzusetzen.  
9

10  
11 Die Grundrechtecharta, die weit über den Grundrechtskatalog des deutschen Grundgesetzes und die Grundrechtecharta der UN hinausgeht, würde für alle Mitgliedstaaten  
12 verbindlich werden. Mit den dort verankerten sozialen Rechten, die insbesondere von Sozialdemokraten erstritten wurden, würde das soziale Europa neue Schubkraft erhalten,  
13 die Menschen in den Mittelpunkt des europäischen Handels stellen und so Europa insgesamt näher an die Menschen heranführen. Verbindliche Sozialverträglichkeitsprüfungen  
14 bei allen Gesetzgebungsinitiativen, wie sie der Vertrag von Lissabon vorschreibt, sind ein  
15 weiterer wichtiger Baustein für die Errichtung eines sozialen Europas. Bis zum Inkrafttreten  
16 des Vertrages muss es eine entsprechende Selbstverpflichtung der EU geben.  
17  
18  
19  
20

21 Die europäische Union hat bereits heute eine soziale Dimension. Die EU hat wichtige  
22 Standards gesetzt in den Bereichen der Gleichstellung, der Antidiskriminierung, im Arbeitsrecht, beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist dabei  
23 nur ein Beispiel für sozialdemokratische Sozialpolitik. Es ist der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament zu verdanken, dass die Dienstleistungsrichtlinie vom „Kopf auf die  
24 Füße gestellt“ wurde und nunmehr heimische Dienstleistungsanbieter/innen und Arbeitnehmer/innen vor einem ruinösen Wettbewerb aus Niedriglohnländern schützt. Wegweisendes  
25 wurde auch beim Umwelt- und Verbraucherschutz erreicht. Darauf lässt sich aufbauen, aber wir sind noch weit von einem sozialen Europa entfernt, das Sozialdemokratinnen  
26 und Sozialdemokraten anstreben. Noch hat die wirtschaftliche Integration Vorrang vor der sozialen. Das wollen wir ändern: auf der europäischen Ebene müssen fairer wirtschaftlicher  
27 Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit gleichen Rang bekommen – im Mittelpunkt müssen die Menschen stehen.  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

#### 35 **Wir wollen:**

- 36
- 37 ■ einen sozialen Stabilitätspakt, mit Vorgaben und Standards für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit;
- 38
- 39 ■ eine aktive europäische Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Der Vertrag von Lissabon stellt an die Union die Anforderung, auf eine soziale Marktwirtschaft hinzuwirken, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Zur Erreichung dieses  
40 Ziels bedarf es auch einer verbesserten Koordination der Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik in der EU;
- 41
- 42 ■ den ruinösen Steuersenkungswettbewerb beenden. Wir brauchen einheitliche Bemessungsgrundlagen und europäischer Regelungen für die Mindestbesteuerung von Unternehmen;
- 43
- 44 ■ eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte und eine europäische Bankenaufsicht, eine einheitliche Regulierung von Hedge- und Private-Equity-Fonds sowie klare Regeln für  
45 Ratingagenturen;
- 46
- 47 ■ dass die Menschen überall in Europa von ihrem Lohn leben können. Deshalb brauchen wir verbindliche Vorgaben auf europäischer Ebene für einen existenzsichernden  
48 Mindestlohn, der mindestens 60 % der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne betragen muss;
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53

- 1 ■ gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, auch in der Leiharbeit. Die hierzu  
2 gerade verabschiedete Richtlinie muss in Deutschland entsprechend umgesetzt wer-  
3 den und das Arbeitsnehmerüberlassungsgesetz dahingehend geändert werden, dass  
4 Leiharbeiter grundsätzlich wie Stammbeschäftigte bezahlt werden.
- 5 ■ eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie, die den sozialen Schutz in den Vorder-  
6 grund stellt. Damit würde das europäische Vergaberecht mit der Möglichkeit, ortsüb-  
7 liche Tarife bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen, endlich voll zur  
8 Anwendung kommen. Eine einseitige Auslegung zugunsten der Dienstleistungsfreiheit  
9 wie in den Urteilen des EuGH Laval und Rüffert geschehen wäre damit zukünftig aus-  
10 geschlossen. Das Endsenderecht muss im Übrigen in Deutschland umfassend umge-  
11 setzt werden und darf sich nicht nur auf einzelne Branchen beschränken.
- 12 ■ die Mitbestimmung stärken und die Richtlinie für Europäische Betriebsräte modernisie-  
13 ren. Die Perspektive ist ein europäisches Betriebsverfassungsgesetz.
- 14 ■ die einseitige Orientierung auf Liberalisierung und wirtschaftliche Interessen von Un-  
15 ternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge zurückdrängen. Gerade die Kommunen  
16 brauchen klare Regelungen für die öffentliche Daseinsvorsorge, die es den Mitglied-  
17 staaten überlässt, festzulegen, welche Bereiche sie der öffentlichen Daseinsvorsorge  
18 zurechnen und daher nicht dem freien Spiel der freien Kräfte unterworfen werden  
19 dürfen. Die Kommunen müssen selbst entscheiden können, ob und wie sie eine öf-  
20 fentliche Dienstleistung entweder selbst erbringen, ein kommunales Unternehmen  
21 damit betrauen oder die Erbringung einer Dienstleistung durch Dritte wahrnehmen  
22 lassen. Das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung darf nicht europäische ausge-  
23 höhlt werden. Auch hier macht der Vertrag von Lissabon klare Vorgaben zur Anwen-  
24 dung des Subsidiaritätsprinzips und damit zur Anerkennung der Rechte unserer Städte  
25 und Gemeinden.

26  
27 21 von 27 Mitgliedsstaaten sind zurzeit mehrheitlich konservativ regiert, entsprechend  
28 sind auch die Mehrheiten in der EU-Kommission und im Ministerrat. Die EVP stellt die  
29 stärkste Fraktion im EP, auch wenn sie dort nicht über die erforderliche absolute Mehrheit  
30 verfügt. Solange in der EU diese konservativen und marktliberalen Kräfte eine Mehrheit  
31 haben, ist es schwer, sozialdemokratische Positionen in Europa durchzusetzen - 2009  
32 können die Weichen für ein soziales Europa neu gestellt werden:

- 33  
34 ■ Am 7. Juni 2009 wird das Europäische Parlament neu gewählt, hier wird es darauf  
35 ankommen mit einer starken Sozialdemokratischen Fraktion in das neue Parlament  
36 einzuziehen. Die deutsche Sozialdemokratie muss hierfür ihren Beitrag leisten.
- 37 ■ Am 27. September 2009 sind Bundestagswahlen. Hier entscheidet sich, ob Deutsch-  
38 land als eines der Stärksten Länder im EU-Ministerrat zukünftig mit seiner Stimme ei-  
39 ner gegenüber sozialen Belangen blinden Politik der Liberalisierung und Deregulie-  
40 rung zum Erfolg verhilft, oder aber mit Hilfe einer sozialdemokratisch geführten Bun-  
41 desregierung das Projekt des sozialen Europas weiter vorantreiben wird.
- 42 ■ Im Herbst 2009 wird eine neue EU-Kommission gewählt, hier hat das neu gewählte  
43 Europäische Parlament ein entscheidendes Wort mitzureden – es wählt nicht nur den  
44 Kommissionspräsidenten, sondern die Kommission insgesamt ist von der Zustimmung  
45 durch das Parlament abhängig. Es ist also auch eine Frage der Mehrheiten im EP, ob  
46 die Gesetzesinitiativen der Kommission in der nächsten Periode weiterhin neoliberale  
47 Schlagseite haben werden oder aber die soziale Dimension und damit die Menschen  
48 im Mittelpunkt des Handelns stehen werden.

49  
50 Die SPD-Düsseldorf wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, ihren Beitrag dazu zu leisten,  
51 dass das 2009 ein gutes Jahr für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Europa  
52 wird.